

Zwei mit reichlich Erfahrung

Bei der Friedensrichterwahl für den Kreis VII gehen mit Reto Studer und Karl Heinz Graf zwei Kellerämter ins Rennen

Mit dem Rücktritt von Friedensrichter Urs Bürgi (FDP) muss am Sonntag, 18. Juni, für den Kreis VII des Bezirks Bremgarten seine Nachfolge abgestimmt werden. Bei der Wahl treten Reto Studer aus Jona (parteilos) und Karl Heinz Graf aus Oberlunkhofen (FDP) an.

Celeste Blanc

Unbekannt in der Region sind sie beide nicht: Mit Reto Studer und Karl Heinz Graf ziehen gleich zwei namhafte Kandidaten für das Friedensrichteramt im Kreis VII in den Wahlkampf. Dass dabei die beiden Kellerämter jeweils eine geballte Ladung an Erfahrung mit sich bringen, dürfte die Entscheidung für die Wählerschaft nicht einfach machen. Hinzu kommt, dass beide seit Jahren auch privat fest im Bezirk verwurzelt sind.

Und dennoch – unterschiedlicher könnten die Werdegänge der beiden nicht sein: Der FDP-Kandidat Karl Heinz Graf war Gemeinderat in Sarmentorf, Leiter der Taskforce in Muri und jahrelang Berufsmilitär. Der parteilose Reto Studer hat einen Abschluss in Kommunikation und Staatsrecht und hat im Headhunting gearbeitet, bevor er sich der Theologie widmete und nun seit knapp acht Jahren für die reformierte Kirchgemeinde Kelleraamt als Pfarrer und Seelsorger tätig ist.

Verständnis haben für die Situation anderer

Die Motivation für eine Kandidatur ist bei Karl Heinz Graf vor allem eine seiner «wichtigsten Tugenden», wie er es nennt, geschuldet. «Ich bin zum Dienst bereit», erklärt Graf, der seit 2020 in Oberlunkhofen wohnt. Mit Beendigung der Leitung der Taskforce im Spital Muri hat Graf Zeit, sich einem neuen Amt zu widmen. Angefragt wurde Graf von der FDP. «Ich unterstütze die Partei gerne, da ich die Voraussetzungen für das Amt mitbringe.» Leitende Aufgaben und den Austausch mit Menschen ist sich Karl Heinz Graf gewohnt. Während



Der reformierte Pfarrer Reto Studer freut sich auf die Herausforderung: «Kein Fall ist wie der andere - genauso wenig, wie ein Mensch wie der andere ist.»

seiner 33 Jahre als Berufsoffizier hatte er mit vielen Anspruchsgruppen und unterschiedlichen Personen

«Führung bedeutet Verständnis für das Gegenüber»

Karl Heinz Graf, FDP

zu tun. «Dabei stand der Soldat im Zentrum und brachte damit auch jeweilige, persönliche Problemstellungen mit sich», blickt er zurück. Und darin liegen auch Grafs Stärken: «Diese anzusprechen, zu beurteilen, zu lösen, und zu schlichten waren täglich Brot. Menschenführung beinhaltet das Verständnis für das Gegenüber.»

Hilfe von aussen nötig

Einblicke in das Leben anderer und hinter die Kulissen vieler erhält auch Reto Studer in seinem Beruf als Pfar-

rer und Seelsorger. Dabei werde Studer immer wieder deutlich, wie wichtig es ist, dass die Menschen im guten Einvernehmen mit anderen leben. Und dass ein solches manchmal auch auf Unterstützung angewiesen ist. «Bei manchen Auseinandersetzungen braucht es einen Anstoss und die Hilfe von aussen», ist Studer überzeugt.

Ein Gespür für die Menschen, das schnelle Erfassen von Situationen und Problemen, ein Grundverständnis für Rechtsfragen und eine gewis-

«Spreche Sprache, die mein Gegenüber versteht»

Reto Studer, parteilos

se Lockerheit – all das bringt Studer für das Amt mit. «Zudem spreche ich eine Sprache, die mein Gegenüber versteht.» Studer, der sich sein Leben lang ehrenamtlich engagiert hat, möchte mit dem Friedensrichteramt



Karl Heinz Graf möchte schlichten statt richten. «Nach dem Ende der Verhandlungen soll man geeint aus der Amtsstube gehen.»

Bilder: zg

einen nächsten Schritt gehen. Dabei war eine solche Kandidatur bis zur Ausschreibung noch gar kein Thema gewesen. Nach Gesprächen mit ehemaligen und aktuellen Friedensrichtern war für den Vater einer vierjährigen Tochter jedoch klar: «Ein solches Amt, das passt.»

Herausforderung annehmen

Auch ins Amt passt Karl Heinz Graf. Der Kandidat, der aktuell einem Studienlehrgang in Theologie am theologischen Bildungsinstitut in Zürich folgt und im vergangenen Monat einen Freiwilligeneinsatz für die Schweizergarde in Rom leistete, wertet seine Zeit als Gemeinderat als Pluspunkt. Er kenne die Ansprechstellen, die Personen hinter den Ämtern und sowie die Formularlandschaft des Bezirks. Von einem ebenso vielfältigen Rucksack kann auch Reto Studer profitieren. Hinzu kommt ein Punkt formaler Art: Durch seinen Be-

ruf kann er frei über die Termine entscheiden. «Nur so lässt sich ein Ehrenamt wie das des Friedensrichters seriös und zuverlässig ausüben.» Und auch die Verwurzelung in der Region kann für eine solche Tätigkeit gewinnbringend sein. «Ich fühle mich hier heimisch und den Menschen verbunden», so Studer weiter.

Den beiden Kellerämter Kandidaten ist bewusst, dass das Amt des Friedensrichters eine anspruchsvolle Tätigkeit und die Schlichtung zwischen Parteien nicht immer einfach ist. Beide hegen einen gesunden Respekt vor dem Amt. Karl Heinz Graf: «Als Friedensrichter bin ich nicht der schnelle Entscheider, sondern derjenige, der die verschiedenen Aspekte und Einwände der Parteien zusammenführen soll, um geeint aus der Amtsstube zu gehen.» Auch Studer nimmt die Herausforderungen an, die er vor allem in der Vielfalt der Themen sieht. «Kein Fall ist wie der andere – genauso wenig, wie ein Mensch wie der andere ist.»

Beschäftigung schaffen

Motion von SVP-Grossrat Christoph Hagenbuch

Die beiden SVP-Grossräte Désirée Stutz und Christoph Hagenbuch (Sprecher, Oberlunkhofen) fordern den Regierungsrat auf, dass ein für Asylsuchende geeignetes kantonales Beschäftigungsprogramm geschaffen wird.

Begründet wird das Anliegen darin, dass der Zustrom von Asylbewerbern stetig zunimmt. Das hatte jüngst zur Folge, dass der Kanton Aargau die Notlage ausrufen musste, um die dem Kanton zugewiesenen Personen unterbringen zu können. Das belaste einerseits den Kanton infrastrukturell, aber auch finanziell.

Vorteile für alle Beteiligten

Gleichzeitig sei der Alltag von Asylsuchenden vom Warten geprägt, da sie nur in Ausnahmefällen einer Beschäftigung nachgehen dürfen. Erlaubt hingegen sei, an unentgeltliche Beschäftigungsprogrammen teilzunehmen. Aktuell gibt es im Kanton nur zehn solcher Programme.

Ziel solle es sein, künftig kantonale Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende (alle inklusive Abgewiesener), in welchen Leistungen zugunsten des Gemeinwohles erbracht werden, zu initialisieren. Eine Teilnahme solle verpflichtend und entschädigungslos auszugestalten sein. Mit der Motion fordern die beiden Grossräte vom Regierungsrat, Gesetz und Verordnungen entsprechend anzupassen. Da grundsätzlich die Gemeinden

mit solchen Aufgaben betraut sind, schlägt die Motion vor, dass diese aufgrund der aktuellen kommunalen Auslastungen seitens des Kantons in Zusammenarbeit mit den eigenen Abteilungen, den Werkhöfen, mit dem Astra oder mit Privaten auszuarbeiten sei. Die Zusammenarbeit könne mit solchen Parteien erfolgen, bei denen Asylbewerbende einfache Aufgaben im Dienste der Allgemeinheit übernehmen könnten. «Asylbewerber erhalten so eine geregelte Tagesstruktur und eignen sich fachliche Fähigkeiten an. Das kommt ihnen in ihrer persönlichen Entwicklung letztendlich wieder zugute», schreiben Hagenbuch und Stutz in ihrer Motion.

Kostenneutral für Gemeinden

Aus Sicht der Motionäre müssen diese Programme über die vom Bund an den Kanton gewährten Mittel zur Finanzierung des Asylwesens finanziert werden und für die Gemeinden kostenneutral sein. Die Motionäre erachten Beschäftigungsprogramme im Umfang eines regulären 100%-Pensums von 42 Arbeitsstunden als sinnvoll und zumutbar. Ausgenommen davon können Asylsuchende werden, die für minderjährige Familienmitglieder eine Betreuungsfunktion ausüben, die das Pensionsalter erreicht haben, die noch nicht 16 Jahre alt sind oder die wegen Krankheit oder Unfall arbeitsunfähig sind. Soweit Asylsuchende die Teilnahme an Beschäftigungsprogrammen verweigern, ist die Kürzung des ihnen ausbezahlten Grundbedarfs zwingend vorzusehen. --red

Termine Feldschiessen

Neues aus Oberlunkhofen

Teilnahmeberechtigt sind alle, die im Wettkampffahr das zehnte Altersjahr erreichen oder älter sind.

Infos zum Hallen-Neubau

Der kommenden Einwohnergemeindeversammlung vom 23. Juni wird der Projektierungskredit Vorprojekt

Neubau Turnhalle Breite zur Beschlussfassung vorgelegt. Zur Erläuterung und Information zu diesem Traktandum lädt der Gemeinderat alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zur öffentlichen Informationsveranstaltung auf Dienstag, 13. Juni, 19 Uhr, in der Turnhalle Oberlunkhofen ein. --gk

LESER SCHREIBEN

Radarfallen füllen Polizeikasse

der Blitzer ins Auge. Sie wird mehr nach Lukrativitätsaspekten denn nach Sicherheitsgründen, also meist ausserhalb der eigentlichen Gefahrenzonen, gewählt.

Keine Frage: Unsere Gesellschaft kann ohne Polizei nicht funktionieren. Dass jedoch bald die Hälfte der Polizeikosten und nicht mehr «nur» wie bisher landesweit durchschnittlich mit einem Drittel durch Geschwindigkeitsbussen gedeckt und jährlich fix budgetiert werden, muss einfach zu denken geben. Natürlich weiss jede Person, die ein Fahrzeug lenkt, wie schnell sie fahren darf. In diesem Punkt ist Kritik absolut fehl am Platz.

Doch es sind immer wieder diese kleineren, in den meisten Fällen verkehrssicherheitstechnisch irrelevanten Geschwindigkeitsübertretungen – aus blosser Unachtsamkeit ein, zwei oder drei Kilometer zu viel auf dem Tacho – die in der Summe dem Staat eben happige Einnahmen bescherten. Um es klar zu sagen: Raser und notorische Schnell-

fahrer haben im Strassenverkehr nichts zu suchen. Liebe Politik, ich bitte darum, dieser unsäglichen Abzockerei Einhalt zu gebieten, denn der Autofahrer empfindet die masslos zunehmenden Radarkontrollen mehr und mehr als schikanös. Die einfachste Rechnung wäre natürlich, den Bestand der Sicherheitskräfte um die besagten 44 Prozent oder einen erheblichen Teil davon zurückzuführen, was durch die vielfach unnötige Blitzerei möglich wäre, oder alternativ die hohen Betriebskosten der Regionalpolizei durch (noch) höhere Gemeindebeiträge zu decken, angesichts der prall gefüllten Gemeindegassen kein Problem.

Das System der ständigen Jagd nach dem Autofahrer muss korrigiert werden, rasch, und nicht nur regional, sondern schweizweit. Ändern wird sich jedoch – nichts. Übrigens: Ich selber habe schon seit längerem keine Geschwindigkeitsbusse mehr erhalten.

Arnold Huber, Jona